
Theologisch begründete Leitung in der Diakonie

Udo Krolzik / Moritz Linzbach

Udo Krolzik

A. Das neue Europa – Risiko und Chance für die Diakonie?

Es wird erzählt, dass ein Rabbi im hohen Alter betete: »Gott, ich habe Dir mein Leben lang treu gedient und alle Deine Gebote gehalten. Jetzt bin ich alt und brauche Unterstützung. Mach doch bitte, dass ich in der Lotterie gewinne und mir so ein bequemes Leben machen kann!« Er betete immer wieder – einen Tag, zwei, drei Tage, ja, Monate, und als fast ein Jahr um war und nichts geschehen war, betete er: »Gott, nun mach doch endlich etwas!« Und Gott antwortete: »Warum machst Du denn nichts? Kauf Dir doch ein Los!«

Kirche und Diakonie haben in der Vergangenheit viel für die Verständigung der Völker und gegen Ausgrenzung und soziale Benachteiligung in Deutschland und Europa und darüber hinaus getan. Auf diesem Hintergrund haben sie das Zusammenwachsen der europäischen Staaten sehnlichst gewünscht und sicherlich auch für das neue Europa gebetet. Aber haben sie auch schon ihren Beitrag dazu geleistet, damit das neue Europa möglich wird?

Gegenwärtig scheint es eher so zu sein, dass einerseits das neue Europa dabei ist, sich zu formieren und andererseits Diakonie erwartet, im neuen Europa einen Schutz- und Versorgungsstatus zu erhalten. Das war nicht immer so und sollte nicht so bleiben; denn Diakonie hat nur eine europäische Zukunft oder sie hat keine!

1. Der lange Weg der Diakonie nach Europa

1.1. Diakonie hat nur eine europäische Zukunft

Gelingt es der Diakonie nicht, sich auf einem europäischen Markt zu behaupten, wird sie nur noch auf zwei gesellschaftliche Gruppen in ihrer Arbeit reduziert werden:¹ einerseits die oberen Einkommensschichten, die sich die teuren, qualitativ hohen Leistungen der Diakonie leisten können, andererseits auf die Ärmsten der Armen, die spenden- oder kirchenfinanziert eine kostengünstige Minimalversorgung erhalten. Will Diakonie ihrem Auftrag gerecht werden, darf sie sich nicht auf

1. Dies ist das Ergebnis eines Zukunftsworkshops für leitende Mitarbeiter im Evangelischen Johanneswerk, Bielefeld im Jahr 1996.

diese zwei Gruppen beschränken. Es geht vielmehr darum, der Botschaft von dem Kommen der Gerechtigkeit und Liebe Gottes in die Welt Gestalt zu geben und das heißt, die von Gott geschenkten Lebensmöglichkeiten zu entdecken und zu entfalten helfen und zwar für alle Menschen. Deshalb wird es darauf ankommen, dass die Diakonie ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die gesamteuropäische Entwicklung aktiv einbringt.

1.2. Diakonie hat sich gegenüber Europa immunisiert

Mit drei Strategien haben sich weite Teile der Diakonie in den vergangenen Jahren gegen diesen Druck aus Europa immunisiert:

1.2.1. Europa betrifft uns nicht

Die erste Strategie lautet: Europa betrifft uns in der Diakonie nicht.

Die Kirchen haben in der dem Amsterdamer Vertrag beigelegten Erklärung Nr. 11 ihren Status abgesichert. Diese Erklärung ist in den Entwurf einer Verfassung für Europa in Art. 37 Abs. 1 und 2 übernommen worden. Von daher lehnen sich die Vertreter der großen Kirchen erst einmal beruhigt zurück. Sie haben ihren Nichtbeitrag geleistet: Europa betrifft die Kirchen nicht!

Viele Verantwortliche in der Diakonie waren oder sind der Auffassung, dass Europa auch die Diakonie nicht betrifft. Die europäische Union ist eine Wirtschafts- und keine Sozialunion. Indem man sich in der Diakonie als Teil der Sozialpolitik völlig getrennt von der Wirtschaftspolitik verstand, hat man sich gegen Europa immunisiert. Wenn Europa nur auf die Wirtschaftspolitik zugreifen kann, dann bleibt die Sozialpolitik ausschließlich der nationalen Politik vorbehalten.

Bis zum In-Kraft-Treten des Vertrages von Maastricht war diese Auffassung richtig; denn bis dahin war die Europäische Gemeinschaft wesentlich eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ihre soziale Dimension war beschränkt auf die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Die Sozialpolitik wurde auf nationaler Ebene gestaltet.

Inzwischen ist dies nicht mehr so. Die Entstehung eines Europäischen Binnenmarktes hat die nationale Struktur der Sozialpolitik deutlich in Frage gestellt. Wie sehr die Ökonomieorientierung der Europäischen Union die nationale Sozialpolitik bestimmt, haben Ende 1997/Anfang 1998 die Maßnahmen der nationalen Regierungen gezeigt, die der Erfüllung der im Maastrichter Vertrag (1992) festgelegten Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion dienten: Der Haushaltsgürtel – und das hieß vor allen Dingen der soziale Gürtel – wurde enger geschnallt.

Auf EU-Ebene gelten die Verträge mit dem Primat der Verwirklichung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes – damit können sich auch soziale Dienstleistungen nicht von vornherein dem Zwang zur Ökonomisierung entziehen. In Anwendung der Verträge tendiert die Rechtsprechung des EuGHs dazu, auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen die Anwendung des EU-Rechtes in Bezug auf den Binnenmarkt zu prüfen.

Die zunehmende europäische Beeinflussung der nationalen Sozialpolitik ist durch den Vertrag von Amsterdam vom Oktober 1997 verstärkt worden, zumal darin auch ein Mandat der Europäischen Gemeinschaft für die soziale Sicherheit und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer enthalten ist, mit der Folge, dass der Rat in diesem Kernbereich der Sozialpolitik zusammen mit dem Europäischen Parlament handeln kann.

Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 beschloss schließlich, die koordinierende Funktion der EU deutlich auszuweiten. Er hat eine ehrgeizige Strategie des Wandels europäischer Gesellschaften formuliert. Bis 2010 soll die Europäische Union »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen.«

In den Schlussfolgerungen zum Europäischen Rat in Lissabon findet sich hierzu ein Bündel von Zielen, Maßnahmen und Aufgaben für die Bereiche Wirtschaft und Innovation, Bildung und Ausbildung, Beschäftigung sowie sozialer Zusammenhalt. Es wurde damit ein neues Engagement für eine dynamische EU-Wirtschafts- und Sozialstrategie beschlossen, die so genannte »Lissabonner Strategie«.

Die darin enthaltenen Vorgaben für die sozialen Dienste – sei es zum weiteren Ausbau insbesondere der personenbezogenen Dienste oder für Maßnahmen gegen Ausgrenzung oder zur Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse – weisen deutlich darauf hin, dass wir uns mitten in der Gestaltwerdung eines europäischen Sozialmodells befinden. In gleiche Richtung fragt das Grünbuch zu »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse«.

1.2.2. Europa ist noch weit weg

Ein weiterer Einwand war und ist teilweise immer noch: Bis Europa bei uns in Deutschland und besonders bei uns in der Diakonie ankommt, wird noch viel Zeit vergehen.

Die Gefahr, dass Diakonie als nationaler Wohlfahrtsverband die europäische Entwicklung nicht wahrnimmt und darauf keinen Einfluss nimmt, ist groß. Zu Beginn der 90er Jahre hat die Prognos-AG der Diakonie wie den anderen Wohlfahrtsverbänden vorgeworfen, dass für sie Europa noch kein Thema sei. Nur allmählich haben sich die Verbände in der Folgezeit an das Thema herangetastet. Gleichzeitig wird nicht nur die Wirtschaft zunehmend aus Brüssel beeinflusst, sondern auch die gesamte Arbeitswelt, wie die neueren Urteile des Europäischen Gerichtshofes zeigen, und zunehmend auch die Sozialpolitik, wie die Lissabonner Strategie von 2000 und die Diskussion zu »Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse« deutlich machen. Mehr als 50 % der nationalen Gesetze in den Staaten der Europäischen Union setzen europäische Vorgaben um.

Der Fall der Mauer war die politische, das weltumspannende Datennetz die technologische und die gesamteuropäische Säkularisierung die gesellschaftliche Voraussetzung für dieses beschleunigte Zusammenwachsen Europas.

Es gibt wirtschaftliche Gründe, die dafür sprechen, dass gerade auch im sozialpolitischen Bereich die Geschwindigkeit des Zusammenwachsens nicht nachlassen wird: Eine ungünstige demographische Entwicklung und hohe Arbeitslosigkeit bilden eine gemeinsame Herausforderung für alle EU-Staaten. Es liegt nahe, darauf gemeinsam zu antworten und auch gegen die damit verbundene soziale Ausgrenzung und Benachteiligung gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Zurzeit braucht allerdings die weitere Entwicklung der Europäischen Union einen Quantensprung, sonst drohen ihr gefährliche Spannungen und Zerfallserscheinungen. Es fehlt die gemeinsame Vision des Europas von morgen. Deshalb ist der »Konvent über die Zukunft Europas«, der Anfang 2002 unter dem Vorsitz von Valérie Giscard d'Estaing begonnen hat zu arbeiten, von so großer Bedeutung. Dieser Konvent hat ein Europa entworfen, deren Instanzen demokratisch legitimiert sein und effizient arbeiten sollen. Der vorliegende Entwurf einer »Verfassung« will eine postnationale Machtverteilung zwischen dem Ganzen und den Teilen bilden. Das könnte das neue Europa sein.

1.2.3. Zu Europa können wir keinen Beitrag leisten

Zu diesem neuen Europa, so wird gesagt, – und das ist der dritte Einwand – kann Diakonie keinen Beitrag leisten, das muss die Politik tun.

Häufig wird diese Erklärung der Nicht-Zuständigkeit in die Frage gekleidet: Was haben wir als Diakonie im fernen Europa zu suchen? Wir sind doch lebensweltorientiert! Dieses Argument, das die Lebensweltorientierung dem diakonischen Engagement im europäischen Ausland und den dortigen Nachfragen und Bedürfnissen entgegensetzt, bekommt in einem zusammenwachsenden Europa einen problematischen Charakter. Es ist vergleichbar mit dem, dass argumentiert würde, die Lebensweltorientierung eines diakonischen Trägers in Bielefeld erlaubt nicht das Engagement in Dortmund oder gar in Leipzig.

Diakonische Überzeugungen, die Europa als das Fremde und Ferne sehen, bekommen es nur als Ziel von Hilfstransporten in den Blick, aber nicht als eigenen Handlungsraum und als Herausforderung, zum neuen Europa mit beizutragen. Wer Europa – insbesondere Osteuropa – nur als Ziel von Hilfstransporten wahrnimmt, der wird die tatsächlichen Entwicklungen genauso verpassen, wie die Gemeinden die ihre Partnergemeinden in der ehemaligen DDR nur als Ziel von Unterstützungsleistungen sahen. Nach dem Fall der Mauer fielen auch diese Beziehungen.

Die Verpflichtung der Christen auf Nächstenliebe und Gerechtigkeit gebietet es ihnen, sich der Not anderer Menschen anzunehmen. Deshalb kann ihnen die Situation etwa in den mittel- und osteuropäischen oder den südeuropäischen Ländern nicht gleichgültig sein. Diakonie könnte nationale Blickverengungen weiten und soziale Ausgrenzung und Benachteiligung in Europa benennen und verhindern helfen.

Diakonie könnte einen wichtigen Beitrag zum neuen Europa leisten. Tatsächlich hat Diakonie nur eine Zukunft, wenn sie das neue Europa als Chance begreift.

Europa, das war, wie Konrad Adenauer einmal gesagt hat, zunächst nur ein Traum für wenige, später eine Hoffnung für viele, und ist heute eine Notwendigkeit für alle geworden. Das gilt auch für die Diakonie. Sie muss sich auf eine europäische Zukunft ausrichten.

1.3. Europa ist das Ergebnis der Säkularisierung – eine Wirtschaftsgemeinschaft

Häufig wird die Geschichte für einen gemeinsamen Weg von Kirche und Diakonie mit Europa bemüht. Europa, so wird gesagt, ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft mit einer gemeinsamen christlichen Herkunft.

Betrachtet man die Begriffsgeschichte, so stellt man fest, dass bei den Griechen und Römern und auch im Mittelalter Europa durchaus Unterschiedliches bedeutete. Geschichtlich ist der geographische Raum Europa von sehr verschiedenen Kräften und auch religiösen Bewegungen geprägt. Die Idee eines einheitlichen, christlich geprägten Raumes ist erst Produkt einer romantisierenden Sicht des 19. Jahrhunderts.

Als im 17. und 18. Jahrhundert Europa als ein einheitlicher Raum begriffen wurde, geschah dies im Sinne eines Kommunikations- und Handelsnetzes. Und nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die europäische Idee nicht aus dem Impuls eines gemeinsamen christlichen Erbes, sondern aus der Einsicht, dass der Nationalismus und die damit verbundenen Kriege keinen neuen Nährboden finden dürfen. Wirklich durchgesetzt hat sich dann der Zwang zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum. Politisch oder kulturell motivierte Versuche sind in den Anfängen der europäischen Zusammenschlüsse gescheitert. Sicherlich verbinden Europa gemeinsame Werte, aber nur als säkularisierte Werte. Deshalb ist Europa auch vor allem eine Wirtschaftsgemeinschaft.

1.4. Diakonie hat von Herkunft und Auftrag europäische Impulse

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es allgemeine europäische Entwicklungen, die zur Entstehung der Inneren Mission führten: Revolutionsfurcht mit entsprechenden Reformen des Rechtes, Abbau von Zunft und Handelsverordnung und darauf folgendes Bevölkerungswachstum, technische Entwicklung und Industrialisierung mit entsprechenden wirtschaftlichen Krisen und dem daraus folgenden Pauperismus!

Die Innere Mission war Antwort auf diese gesamteuropäischen Herausforderungen und war inspiriert durch westeuropäische Initiativen der Kirchen. So war Wichern durch seine Erfahrungen aus England beeinflusst und besaß eine europäische Vision!

Der Auftrag der Diakonie endet nicht an den nationalen Grenzen. Nächstenliebe gilt nicht nur dem nahen, sondern auch dem fernen Nächsten.

1.5. Europa bietet der Diakonie starke Haftpunkte

Der gesamteuropäische Säkularisierungsprozess bedeutet zunächst einmal, dass alle europäischen Kirchen damit konfrontiert sind, nicht mehr als normative Institution wahrgenommen zu werden. Diese Infragestellung der Kirchen stellt sie unter einen ständigen Rechtfertigungsdruck. Wird die Institution Kirche angesichts der individuellen Sinnfindung und Lebensgestaltung überhaupt gebraucht? Diese Frage zu beantworten fällt insbesondere den protestantischen Kirchen schwer, da sie in ihrer Geschichte immer ein ambivalentes Verhältnis zur Kirche als Organisation oder Institution hatten und ganz wesentlich zur Säkularisierung beigetragen haben, so dass Wolfgang Huber zu Recht von »Selbstsäkularisierung« spricht.

Heute geht es allerdings um die Frage, welche Werte für die europäischen Rechtsnormen und die Sozialordnung prägend bleiben oder werden. Der frühere Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors hat dies so ausgedrückt: »Europa muss eine Seele haben!«

Dazu bieten die säkularisierten Werte dem Geist des Christentums zahlreiche Haftpunkte. So zum Beispiel die Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen, der Respekt vor der Gewissensentscheidung, das Eintreten für soziale Gerechtigkeit als gleicher Zugang aller Bürger zu den Möglichkeiten einer Gesellschaft. Ein politisches Gemeinwesen lebt kulturell von Voraussetzungen, die es durch politische und kulturelle Strukturen nicht selbst schaffen kann.

Die Säkularisierung und der damit verbundene Verlust der integrierenden Kraft der Kirchen bedeuten auch deshalb eine Herausforderung für die Kirchen, weil sie ein Orientierungsvakuum hinterlassen haben. Zur geistigen Orientierung unserer Gesellschaft haben und müssen aber Kirche und Diakonie einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies zu vertiefen wäre ein eigener Beitrag.

2. Risiken und Chancen für Diakonie

Europa birgt für die Diakonie Risiken und Chance! Dies soll anhand einiger Informationen darüber, wie sich die europäische Landschaft verändert hat, erhellt werden.

2.1. Diakonie ist von Europa betroffen

Es gäbe eine ganze Reihe von Punkten zu benennen, in denen sich die europäische Landschaft schon verändert hat und wovon die sozialen Belange Europas betroffen sind. Ich zähle nur einige der wichtigsten auf:

1. Euro

Verbunden mit der grundsätzlichen Dienstleistungsfreiheit eröffnet der Euro ganz neue Möglichkeiten, über Grenzen hinweg Preise zu vergleichen und entsprechend Leistungen anzubieten und wahrzunehmen. Er beschleunigt die Entstehung eines europäischen Dienstleistungsmarktes ganz erheblich,

indem er den direkten Preisvergleich in den Staaten der Währungsunion erlaubt, und es ermöglicht, ohne Umrechnung und die damit verbundenen Ungenauigkeiten und vor allem ohne Verluste beim Währungstausch einzukaufen. Auch auf die grenzüberschreitende Aufnahme von Arbeitsverhältnissen in Mitgliedstaaten der Währungsunion wird sich der Euro förderlich auswirken. Und den Anbietern erleichtert er es, ihre Leistungen über Grenzen hinweg anzubieten.

2. Gemeinnützigkeit, Wettbewerbs- und Beihilfekontrolle

Die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände ist auf europäischer Ebene inzwischen erkannt und eine einseitige Bevorzugung des französischen Modells der *économie sociale* abgewendet. So wird auch in dem Entwurf der europäischen Verfassung in Art. 34 der Bedeutung der Verbände Rechnung getragen und der offene, transparente und regelmäßige Dialog der Organe der EU mit den repräsentativen Verbänden festgeschrieben. Dennoch ist im Zusammenhang mit der laufenden Debatte über die Daseinsvorsorge abzusehen, dass es eine Regelung geben wird, die Teile der sozialen Dienstleistungen als wirtschaftliche Leistungen definieren wird. Damit fallen diese Leistungen dann unter die Wettbewerbskontrolle. Verwoben damit ist die Frage nach der Gemeinnützigkeit oder die Frage nach staatlichen Zuschüssen. Solche Zuschüsse verstoßen dann gegen das Beihilfeverbot.

Eine besondere Brisanz erhält die europäische Infragestellung der Gemeinnützigkeit bei uns in Deutschland, weil auf nationaler Ebene der Wettbewerb teilweise auch bei sozialen Dienstleistungen bewusst intendiert ist. Dies ist z. B. eindeutiges Interesse der Pflegeversicherung. Deshalb muss das Thema Wettbewerb für die deutsche Diakonie zunächst national aufgegriffen und geklärt werden.

3. Arbeitsrecht

Ein Beispiel, bei dem die Diakonie von den europäischen Arbeitsrechtsregelungen betroffen ist, ist die Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit. Ein weiterer kritischer Punkt ist das Diskriminierungsverbot (Art. 13) insbesondere aufgrund der Religionszugehörigkeit. Hier könnte die Forderung, dass Mitarbeiter der Diakonie einer AöK-Kirche angehören müssen, möglicherweise einen Verstoß darstellen.

4. Ausschreibungspflicht

Da öffentliche Aufträge ab einer bestimmten Höhe EU-weit ausgeschrieben werden müssen, könnte dies auch z. B. auf den Krankenhausbereich und andere Bereiche angewendet werden.

5. Ethik

Angesichts der grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit und eines europäischen Wirtschaftsraumes besteht auf europäischer Ebene ein dringendes Bedürfnis nach einheitlichen ethischen Standards – insbesondere in der Bioethik. Ein erster Beleg dafür ist die so genannte Bioethikkonvention. Deutschland und die Diakonie wird von solchen ethischen Standards auf europäischer Ebene immer mehr betroffen sein.

6. Europäische Konkurrenten

Ausländische Anbieter erkunden zunehmend den deutschen Markt, dieser ist nicht mehr geschützt. Dies gilt für den Gesundheitsmarkt, aber auch für den Altenhilfemarkt, auf den kapitalstarke Träger drängen. Konkurrenzen bestehen dann nicht nur in Deutschland zwischen gemeinnützigen Trägern und privaten Trägern, sondern europaweit. Dies gilt insbesondere für grenznahe Bereiche.

Die Erweiterung der Europäischen Union um mittel- und osteuropäische Staaten – wie sie im Juli 1997 (Agenda 2000) beschlossen wurde –, wird diese Entwicklung erheblich beschleunigen. Schon jetzt nehmen deutsche Bürger z. B. billigere Kuren in Karlsbad und Marienbad in Anspruch. Wenn die ersten Beitrittskandidaten aufgenommen sind und völlige Niederlassungsfreiheit erlangt haben, werden Anbieter aus diesen Staaten auch auf den deutschen Markt drängen.

7. Fördergelder

In erheblichem Umfang werden von der EU Gelder zur Förderung der sozialen Entwicklung bereitgestellt. Diese europäischen Strukturfondmittel werden auch in Deutschland über Bund und Länder verteilt. Besondere Berücksichtigung finden dabei Projekte zur Gesundheitsförderung, Beseitigung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Zusätzlich werden von der EU umfangreiche Mittel zur Entwicklung der neuen Technologien bereitgestellt. Dabei werden besonders mit dem 6. Rahmenprogramm 2003 Projekte gefördert, die allen Gruppen Zugänge zu diesen Technologien ermöglichen, indem sie Zugänge eröffnen, die niemanden ausschließen.

8. Modernisierungsdruck

Durch die Dynamik europäischer Märkte verschärft sich der Modernisierungsdruck gerade auch auf die Diakonie. Gleichzeitig stellt die Vielfalt der europäischen Wohlfahrtskulturen den besonderen Anspruch der deutschen und auch der diakonischen »Systeme« infrage. Diakonie muss ihre Struktur und ihr Profil angesichts dessen überdenken, rechtfertigen und gegebenenfalls umgestalten.

2.2. Diakonie kann Europa mit gestalten

Diakonie ist nicht nur von Europa betroffen, sondern sie kann auch Europa mit gestalten. Zunächst ist das die Möglichkeit vor allem für den Spitzenverband. Er erhält damit die Chance, den nationale Grenzen überschreitenden diakonischen Auftrag wahrzunehmen. Impulse dafür sind seit Wichern in der Diakonie wirksam.

1. Interessenvertretung in Brüssel

Das Diakonische Werk der EKD ist als nationaler Verband herausgefordert, die Interessen der Diakonie in Brüssel zu vertreten. Dabei bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens von Diakonie und Kirche. Gemeinsam erhöhen sich die Möglichkeiten der Einflussnahme.

Außerdem müsste mit der Diakonie in anderen europäischen Ländern eng

zusammengearbeitet werden (Eurodiaconia). Angesichts durchaus ähnlicher sozialer Probleme in den Staaten der Europäischen Union stehen die Kirchen in ihrem sozialen Handeln vor den gleichen Herausforderungen. Von daher wäre ein Austausch und eine Zusammenarbeit hilfreich und anregend. Darüber hinaus könnte eine europäische Diakonie größeren Einfluss auf eine europäische Sozialpolitik gewinnen. Zurzeit ist dieser Einfluss unbedeutend.

Es müsste »Eurodiaconia« neu organisiert werden und die Zusammenarbeit mit der Vertretung der »Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege« (BAGFW) und der »Plattform sozialer Nicht-Regierungsorganisationen« verstärkt werden. Dabei könnten die europäischen Netzwerke für einzelne diakonische Arbeitsfelder und die verschiedenen diakonischen Vertretungen in Brüssel eingebunden werden.

2. Ausbildung

Diakonie könnte und müsste die Ausbildung insbesondere in den Pflegeberufen auf europäischer Ebene verstärkt in den Blick nehmen. Wir brauchen dringend so etwas wie eine mehrstufige europäische Pflegeausbildung. Dabei wird es einerseits um die Akademisierung der Pflege in bestimmten Bereichen gehen. Andererseits ist aber auch dringend eine Kurzausbildung für bestimmte Tätigkeiten in der Pflege gefordert. Hier könnte das Diakonische Werk der EKD über die bestehenden Ausbildungs- und Forschungsstätten in Deutschland und anderen Ländern entsprechende Entwicklungsprojekte anstoßen.

3. Angleichung der sozialen Standards

Es bedarf einer Angleichung der sozialen Standards, da sonst Ungleichgewichte entstehen. Allerdings muss dabei auf eine »Konvergenz nach oben« geachtet werden. Es entstehen sonst Wanderungsbewegungen. Das jeweils beste Sozialleistungspaket wird ausgewählt. Sollte etwa in den europäischen Staaten außer Deutschland Arbeit statt Sozialhilfe gelten, so würde eine Wanderbewegung entstehen: hier die Sozialhilfeempfänger, dort die Arbeiter.

Zu den Bedingungen für die Aufnahme in die EU sollte neben den wirtschaftlichen Voraussetzungen auch die Existenz eines wirklich funktionierenden Sozialsystems zählen. Nur so können Armutswanderungen und deren wirtschaftliche Folgen möglichst vermieden werden. Wie in der Sicherheits- und Umweltpolitik muss es künftig auch in der Sozialpolitik verbindliche Normen geben.

4. Einbringen der besonderen diakonischen Dienstleistungen in Europa

Die Besonderheit diakonischer Dienstleistungen mit ihrer ethischen und spirituellen Dimension und Verpflichtung muss in die europäische Entwicklung eingebracht werden und es muss darauf geachtet werden, dass die europäische Rechtsentwicklung die Handlungsspielräume der Diakonie nicht einschränkt.

Bei der Mitgestaltung Europas kann die Diakonie zusammen mit den übr-

gen Wohlfahrtsverbänden auch ihre Rolle als Element und Komponente der Zivilgesellschaft einbringen. Gerade auf dem Hintergrund der immer wieder vermissten Bürgernähe Brüssels ist diese Rolle für die europäische Entwicklung von großer Bedeutung.

2.3. Europa als Handlungsraum für diakonische Träger

Neben diesen Möglichkeiten, eine europäische Sozialunion zu gestalten, die eher bei dem Spitzenverband und bei den Kirchen liegen, gibt es auch Möglichkeiten für die diakonischen Träger, indem sie Europa als Handlungsraum begreifen.

1. Leistungserbringung im europäischen Ausland

Genauso wie diakonische Träger ihre Leistung über Grenzen der Kommunen und Bundesländer hinweg anbieten, werden sie das auch über nationale Grenzen hinweg tun. Teilweise geschieht das auch schon. Denn für eine ausschließliche Antwort auf Bedürfnisse von Menschen in einem engen geographischen und politischen Raum gab es weder zu Wickers Zeiten noch heute vernünftige oder gar diakonische Gründe.

2. Reha-Angebote

Ich möchte auf ein besonderes Beispiel hinweisen: die medizinische Rehabilitation. Einer neueren Studie zufolge verfügen im Gegensatz zu Deutschland zahlreiche europäische Staaten nicht über ein detailliertes System der medizinischen Rehabilitation. Daher gibt es in diesen Ländern nicht nur ein unzureichendes Dienstleistungsangebot, sondern auch der sozial-ethische Aspekt der medizinischen Rehabilitation spielt keine Rolle. Hier könnten vernetzte und integrierte Versorgungsangebote in Kooperation mit ansässigen Partnern eine Herausforderung für diakonische Träger sein.

3. Werben von Klienten im europäischen Ausland

Auf dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des EuGHs kann Diakonie für ihre Angebot auch in anderen europäischen Ländern Interessenten werben. Dies gilt, wenn Menschen sonst keinen Zugang zu bestimmten Gesundheits- oder sozialen Angeboten haben oder unerträglich lange warten müssen. Eine sich europäisierende Diakonie wird sich dem nicht verschließen. Sie wird vielmehr durch gezielte Fortbildung Fachkräfte auf die besonderen Bedürfnisse dieser Menschen vorbereiten und sie mit deren Lebensgewohnheiten und natürlich auch deren Sprache vertraut machen.

4. Werben von Mitarbeitern im europäischen Ausland

Schon heute sind in unseren Einrichtungen nicht nur Arbeitskräfte aus der jeweiligen Kommune oder dem jeweiligen Bundesland oder überhaupt aus Deutschland tätig. Dies gilt in besonderem Maße für die Altenhilfe, in der die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler unter den Mitarbeitenden stetig zunimmt. Darüber hinaus gibt es seit den 80er Jahren Mitarbeitende aus anderen europäischen und sogar überseeischen Ländern. Der akute Pflegekräftemangel wie auch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU wird besonders nach der Osterweiterung zu einer Europäisierung der Mitar-

beiterschaft führen. Wir werden diese Möglichkeit bewusst gestalten müssen.

5. Kooperationen mit Partnern in europäischen Ländern

Es werden sich transnationale Kooperationen bilden, um Zugänge zu europäischen Märkten zu erschließen und Angebote zu machen, die unterschiedlichen Nachfragegruppen gerecht werden.

Deutsche Spezialkliniken kooperieren mit Allgemeinkrankenhäusern in anderen Ländern und bieten dort ihre besondere Kompetenz auf einem Fachgebiet an. Ähnliche Vorhaben äußerten Vertreter aus Dänemark, Großbritannien und Holland bezogen auf den deutschen Markt.

Vergleichbare Kooperationen gibt es bei Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und sie werden zurzeit angestrebt in der Altenarbeit.

Die EU bewirkt langfristig das Entstehen transnationaler Netzstrukturen im Bereich der sozialen Sicherheit.

6. Bildung neuer Trägerstrukturen

In einer sich europäisierenden Diakonie stellen sich Träger dem europäischen Wettbewerb. Dabei werden verstärkt regionale Vernetzungen von Leistungsangeboten stattfinden. Die alten Übergänge und Schnittstellen von ambulanten und stationären Einrichtungen müssen genutzt werden, um vernetzte Angebote zu machen, die in bestimmten Regionen einen Wettbewerbsvorteil schaffen. Solche Vernetzungen sind nicht immer in den bestehenden Trägerstrukturen möglich, hier müssen sich die Trägerstrukturen verändern.

Diakonische Träger, die sich der europäischen Herausforderung stellen, merken, dass sie weniger Konkurrenz- als vielmehr Kooperationsimpulse brauchen. Es ist häufig sinnvoll oder sogar notwendig mit Einrichtungen vor Ort zu kooperieren und somit deren Erfahrungshorizont hinzu zu gewinnen.

2.4. Diakonisches Handeln mit Europäischer Perspektive

Diakonie kann schon heute eine Europäische Sozialunion leben, indem sie mit europäischer Perspektive handelt.

Ich habe die Hoffnung, dass wir uns auf europäischer Ebene frei und offen austauschen und so voneinander lernen – im Sinne der besten Praxis. Europa bietet so die Chance die institutionelle Trägheit der Verbandsdiakonie zu überwinden und Neues zu wagen.

1. Austausch von Ideen und Erfahrungen

Wir stehen in Europa in vielen Bereichen vor gleichen Herausforderungen. So z. B. bei der Beschäftigungspolitik, der Armutsbekämpfung, der demographischen Entwicklung. Hier können wir viel voneinander lernen durch Austausch der Ideen und der Erfahrungen, die mit unterschiedlichen Wegen gemacht wurden. Gute Beispiele sind die europäischen Netzwerke für Demenzarbeit und Behindertenarbeit. Lernen können wir auch von der Pflege-

ausbildung oder von der Gewinnung Ehrenamtlicher, wie sie etwa in Großbritannien durch »Business in the Community« geschieht.

Es wird dann nicht darum gehen, dass die Sozialsysteme harmonisiert oder zusammengeführt werden, sondern der Wettbewerb der besten Wege und der besten Praxis formen das neue Leitbild einer europäischen Sozialunion.

2. Lernen für multikulturelle Pflege

Ein ganz wichtiger Lernschritt in einer europäischen Sozialunion wird eine multikulturelle Pflege sein. In Zukunft werden aufgrund der Arbeits-, Gesundheits- oder Wohlstandsmigration immer häufiger Menschen in einem fremden kulturellen Umfeld mit Angehörigen anderer Kulturen gepflegt werden. Bisher ist diese Pflege und Situation der diakonischen Findigkeit und Genialität überlassen. Hier könnten gezielter Untersuchungen und daraus folgend Angebote gemacht werden, damit es zu einer diakonisch motivierten Fachlichkeit kommt.

3. Austausch von Mitarbeitenden

Neben dem Austausch von Ideen und Erfahrungen könnte eine im europäischen Horizont handelnde Diakonie auch den Austausch von Mitarbeitenden fördern. Damit würde sowohl eine fachliche als auch eine allgemein menschliche Horizonterweiterung angeregt und ermöglicht werden. So würde auch ein Beitrag zur Lösung von sozialen Problemen in europäischen Regionen geleistet werden, der über die Hilfstransporte hinausginge.

3. Die nächsten Schritte

Es wird darauf ankommen, dass die Diakonie ihre Erfahrungen und Kompetenzen bei der Lösung sozialer Probleme differenziert in gesamteuropäische Problemlösungen unter Bezug auf ihre Werteorientierung einbringt. Auf der Basis ihres Grundanliegens, auf der Seite der Benachteiligten zu stehen, muss sie ihre Positionen differenziert weiterentwickeln und alte verlassen. Diese Weiterentwicklung muss als Chance begriffen werden.

Diakonie muss zu einem anderen Wort für Innovation im europäischen Bereich werden. Dann hat sie gute Chancen, den europäischen Herausforderungen gerecht zu werden und zu einer europäischen Sozialunion und damit zum Wunder von Europa ihren Beitrag zu leisten, statt nur darauf zu warten.